



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und  
Sicherheit  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Baldus  
E-mail: [Johannes.Baldus@wiesbaden.de](mailto:Johannes.Baldus@wiesbaden.de)

Wiesbaden, 05.09.2024

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit  
am Dienstag, 10. September 2024, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 25.06.2024

2. 24-F-63-0014

### **Gewalt in der Geburtshilfe**

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0019 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom  
05.03.2024

3. 24-A-78-0001

**Aktueller Bericht der LSBT\*IQ Koordinierungsstelle**

4. 24-F-02-0004

**Gewalt gegen queere Menschen**

- Antrag der Fraktion CDU vom 07.05.2024 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0026 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 14.05.2024

5. 23-F-78-0012

**Aktueller Bericht aus der Feuerwehr**

6. 24-V-05-0001

DL 22/24-4

**Evaluationsbericht Waffenverbotszone**

7. 24-F-63-0035

**Erweiterung der Evaluation der Waffenverbotszone um soziale und gesellschaftliche Aspekte**

-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 07.05.2024 -

ANLAGE: Protokollnotiz Nr. 0044 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 25.06.2024

8. 24-F-02-0011

**Waffenverbotszone**

- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2024 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0219 der Stadtverordnetenversammlung vom 11.07.2024

9. 24-V-34-0002

DL 22/24-7

**Jahresbericht 2023 der Stadtpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden (Gefahrenabwehr)**

10. 24-F-22-0050

**Bettelbanden**

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Organisierte Bettelbanden sind in Wiesbaden, wie in anderen Städten auch, seit Jahren ein Problem. Die Stadt- und Landespolizei ist beim vergangenen Sternschnuppenmarkt großflächig gegen Bettelbanden vorgegangen - mit Erfolg, ein Rückgang der Bettelbanden konnte verzeichnet werden. Im Mai 2024 hat die Stadt- und Landespolizei daraufhin angekündigt, in diesem Sommer erneut gezielt gegen Bettelbanden vorzugehen.

Nicht nur in der Wiesbadener Fußgängerzone fühlen sich die Besucherinnen und Besucher durch vermüllte Einkaufswagen, urinierte Ecken, gezielte Ansprache mit handschriftlich

geschriebenen Zetteln und teilweise auch sehr aufdringlichem Verhalten belästigt und manchmal sogar bedrängt. Auch am Hauptbahnhof in Wiesbaden werden seit einigen Monaten organisierte Bettelbanden wahrgenommen. Sie sammeln Wertgegenstände und andere Dinge bis hin zu 8 Einkaufswagen um die Bahnhofstreppe der Unterführung, die direkt zum Hauptbahnhof führt. Sie kommen mehrmals am Tag auf dem Bahnhofplatz zusammen, sprechen sich ab und schwärmen wieder in unterschiedliche Richtungen aus. Teilweise sitzen sie an den Zugängen zum Hauptbahnhof, teilweise an den Treppen und Bushaltestellen. Auch wenn im Hauptbahnhof grundsätzlich die Bundespolizei für Sicherheit und Ordnung zuständig ist, ist der Wiesbadener Hauptbahnhof ein hochfrequenterer Pendlerknotenpunkt, der ebenso von den Landes- und Kommunalen Polizei und Ordnungsbehörden beachtet wird. Dabei handelt es sich laut dem Jahresbericht der Stadtpolizei maßgeblich um Personen, die nicht in Wiesbaden leben, sondern zum Betteln nach Wiesbaden gebracht werden.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Behörde für welchen Teil des Gebiets um den Wiesbadener Hauptbahnhof zuständig ist.
2. mit welchen Maßnahmen sichergestellt wird, dass hilfsbedürftige Einzelpersonen nicht kriminalisiert werden, während gleichzeitig gegen organisierte Bettelei vorgegangen wird.
3. ob die von Stadt- und Landespolizei großflächig angekündigten Kontrollen gegen Bettelbanden in diesem Sommer durchgeführt wurden.
  - a. Falls ja, mit welchem Ergebnis?
  - b. Gibt es eine Kooperation/Zusammenarbeit der Stadt- und Landespolizei mit der Bundespolizei, um gegen organisierte Bettelbanden gezielt im Bereich des Hauptbahnhofes vorzugehen? Wie werden Streetworker in diesen Prozess eingebunden?
4. wie die Stadt- und Landespolizei die Bundespolizei im Hauptbahnhof, bei der Bekämpfung von Bettelbanden unterstützen könnte.
5. wieso mehrmals täglich Kräfte der Ordnungs- und Landespolizei an dem Bereich vorbeifahren, ohne tätig zu werden.
6. wann die Umsetzung eines Inkassovollmachtssystems für die Stadtpolizei abgeschlossen ist, sodass sie in diesen Fällen auch Barleistungen entgegennehmen kann.

## 11. 24-F-22-0049

### **Personelle Engpässe beim Schutzmann vor Ort**

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 04.09.2024 -

Im Jahresbericht Stadtpolizei 2023 wird auf den Seiten 37ff. ausführlich über die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Landes- und Stadtpolizei beim „Schutzmann vor Ort“ im Westend berichtet. In einem Satz wird erwähnt, dass das Projekt im Jahr 2023 aufgrund personeller Engpässe nur noch reduziert durchgeführt werden konnte.

Auf der Website der Landespolizei erfährt man, dass - Stand 23.07.2024 - in allen fünf Landespolizeirevieren Schutzleute vor Ort vorhanden sind.

Angesichts der aktuellen Diskussionen in der Stadtgesellschaft über gefühlte Sicherheit, Belästigungen, Verwahrlosung von Gebäuden und Straßen, Schmierereien an Hauswänden ist eine Intensivierung des Programms Schutzleute vor Ort und eine Zusammenarbeit von Stadt- und Landespolizei nicht nur wünschenswert, sondern für junge Mädchen und Frauen ebenso wichtig wie für Gewerbetreibende und Vereine.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. ob die personellen Engpässe seitens der Stadt- und Landespolizei bezüglich des Schutzmannes vor Ort im Westend beseitigt werden konnten.
2. in welchem zeitlichen Umfang Kräfte der Landespolizei hier eingesetzt sind und in welchem zeitlichen Umfang sie von der Stadtpolizei unterstützt werden.
3. in welchen anderen Revieren die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei durch die Stadtpolizei unterstützt werden.
4. ist eine Übertragung des Konzeptes aus dem Westend auf andere Stadtteile geplant?
  - a. wenn ja, wann und wo wird eine solche Zusammenarbeit angestrebt?
  - b. wenn nein, welche Gründe aus Sicht des Magistrats dagegensprechen und welche Alternativlösungen er stattdessen vorschlägt.

## 12. 24-F-10-0016

### **Sicherheit in städtischen Bädern**

- Antrag der Fraktion AfD vom 03.09.2024 -

Einem Artikel des Wiesbadener Kuriers vom 6.08.2024 ist zu entnehmen, dass in den Freibädern Kleinfeldchen und Kallebad Sicherheitsdienste eingesetzt werden, um „Ordnung und Sicherheit“ in diesen Bädern gewährleisten zu können. Mit dieser Anfrage soll Klarheit darüber hergestellt werden, wie sich die Sicherheitslage in den betroffenen Bädern entwickelt hat, sodass diese Maßnahmen erforderlich geworden sind.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. seit wann die Sicherheitsdienste in welchen städtischen Bädern im Einsatz sind und in welchem Umfang sie bisher zum Einsatz gekommen sind (bitte nach Bad, Jahr und Kosten aufschlüsseln).
2. welche Veränderungen sich ergeben haben, die den Einsatz von Security erforderlich gemacht haben.
3. ob die Aussage des o.g. Zeitungsartikels zutrifft, dass nur in der Hälfte der städtischen Freibäder zusätzliches Sicherheitspersonal benötigt wird, und -sollte dem so sein- warum die anderen Freibäder ohne auskommen.
4. wie viele sexuelle Übergriffe sowie Körperverletzungen es in der diesjährigen Freibadsaison bisher gegeben hat. Bitte nach Bad und Deliktart aufschlüsseln.
5. ob Mattiaqua mittlerweile ein Sicherheitskonzept hat und wie dieses ggf. aussieht.

## 13. 24-F-22-0051

### **Drogenkonsum in der Rheinstraße**

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.09.2024 -

Im Herbst 2022 wurden insbesondere im oberen Bereich des Mittelstreifens der Rheinstraße vermehrt Drogen, vor allem Crack, konsumiert. Im Rahmen von Jugend im Rathaus haben sich sowohl Lehrkräfte der Werner-von-Siemens-Schule als auch Schülerinnen und Schüler darüber beschwert. Im Oktober 2023 wurde im WK berichtet, dass sich der Treffpunkt der

Drogenkonsumenten auf dem Mittelstreifen zwar zerschlagen, sich die Problematik aber dafür in die Innenstadt verlagert hätte. Seit Ende 2023 erreichen Einzelhändler und Gewerbetreibenden im mittleren Bereich der Rheinstraße vermehrt Beschwerden von Kundinnen und Kunden über den offenen Drogenhandel und -konsum und die dadurch einhergehende Beschaffungskriminalität. Durch die Bespielung des Luisenplatzes nutzen vermehrt Familien den Mittelstreifen der Rheinstraße und können den dortigen Konsum von nicht erlaubten Drogen miterleben. Dies könnte insbesondere für Kinder besonders verstörend sein.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie sich die Situation auf dem Mittelstreifen der Rheinstraße und in der Tiefgarage unter dem Luisenplatz entwickelt hat. Insbesondere sollen folgende Fragen beantwortet werden:
  - a. Werden auf dem Mittelstreifen der Rheinstraße und in der Tiefgarage Luisenplatz immer noch vermehrt Drogen konsumiert? Wie haben sich die Zahlen seit 2022 entwickelt?
  - b. Wurden der Stadt- und Landespolizei im letzten Jahr Beschwerden diesbezüglich gemeldet? Wenn ja, wie viele?
  - c. Wie oft wurden diese Bereiche von den zuständigen Behörden im letzten und in diesem Jahr präventiv kontrolliert und wie oft auf Hinweise aus der Bevölkerung?
2. wie sich grundsätzlich der Konsum von Crack und anderen harten Drogen in der Wiesbadener Innenstadt entwickelt hat und welcher Trend sich abzeichnet.
3. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden ergreift, um den Drogenkonsum und -handel zu stoppen, den Betroffenen aus ihrer Sucht zu helfen und die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Konkret sollen dabei folgende Fragen beantwortet werden
  - a. Konnte die Stadt- und Landespolizei wie angekündigt über das Projekt „#wohin“ Maßnahmen weiterer sozialer Stellen initiieren? Wenn ja, welche?
  - b. Welche zusätzlichen sozialen Maßnahmen sind geplant, um Drogenabhängige in Wiesbaden zu unterstützen?
  - c. Welche langfristige Strategie plant die Landeshauptstadt Wiesbaden, um das Problem nachhaltig zu lösen?
  - d. Wurde mit den umliegenden Unternehmerinnen und Unternehmern bisher Kontakt aufgenommen und Aufklärung betrieben? Wenn ja, mit welchen? Wenn nicht, wieso nicht?

## 14. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné  
Vorsitzende